

Liebe Lehrerinnen und Lehrer,  
liebe Freunde der Stadtteilkonferenz,  
sehr geehrte Damen und Herren,

unsere letzte Rundmail datiert nun schon vom 07.12.2020. In diesem Schreiben mussten wir leider mitteilen, dass die Dezember-Sitzung der Stadtteilkonferenz Corona bedingt ausfällt. So moderat die Pandemie die Seestadt im Sommer und im Frühherbst getroffen hat, um so kräftiger schlägt Corona derzeit zurück. Folglich ist an eine Präsenzsitzung jetzt nicht zu denken. Das betrübt uns sehr und sicherlich auch viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Stadtteil sowie Initiativen und Vereine.

Dennoch schauen wir optimistisch in die Zukunft. Denn obgleich das Impfen bundesweit nicht so schnell voranschreitet wie erhofft, sollte man das Positive herausstellen. Es gibt Impfstoffe und das Impfzentrum in der Stadthalle Bremerhaven funktioniert hervorragend und besser als in vielen anderen Bundesländern. Bremerhaven kann eben Krisen meistern. Hierfür richten wir an all die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Impfzentrums und an die Verwaltung des Magistrats ein großes Dankeschön!

Mindestens genau so engagiert setzten sich die Initiativen und Vereine für die Menschen in unserem Stadtteil der widrigen Bedingungen zum Trotz ein, erzielen tolle Ergebnisse, geben Impulse für die Zukunft und legen manachmal auch den Finger in die Wunde. Den Motoren für ein funktionierendes Gemeinwohl gilt ein dickes Lob!

So hat sich allen voran die Eigentümerstandortgemeinschaft Lehe (ESG Lehe e.V.) flankiert durch die Quartiersmeisterei Lehe der zunehmenden Vermüllung im Goethequartier angenommen. Nun haben die Entsorgungsbetriebe Bremerhaven den Containerplatz Frenssenstraße erweitert. Dort wird es einen Altpapiercontainer geben. Außerdem nehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Faden e.V. Gelbe Säcke entgegen. Annahmezeiten können dem anliegenden Bericht aus dem heutigen Sonntagsjournal entnommen werden.

Hinweisen möchten wir auf die Fortsetzung des Programms "Wohnen in Nachbarschaft (WiN)", von dem Lehe profitieren kann. Ziel von WiN ist es, das Leben und Arbeiten in den Stadtteilen zu verbessern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Gefördert werden können Projekte in den Bereichen Stadtentwicklung, Arbeitsmarkt und Soziales, Jugend, Kultur, Umweltschutz und Sport.

Antragsberechtigt sind lokale Initiativen, Gesellschaften des privaten Rechts ohne städtische Beteiligung, Vereine, Arbeits- oder Interessengemeinschaften, Selbsthilfegruppen oder Netzwerke. Anträge können bis 15.03.2021 beim Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik des Magistrats eingereicht werden. Weitere Informationen enthält die anliegende Mail.

Zukunftsgerichtet ist der Aufruf der Initiative Meergestrüpp zur Beteiligung an der Gestaltung der Natur- und Grünfläche "Neuen Aue". Weitergehende Informationen enthält die anliegende E-Mail.

Ein seit der Pandemie verstärkt auftretendes Phänomen ist der von jungen Leuten als Autotreffpunkt genutzte und teils als Auto-Poser-Treffpunkt missbrauchte Wilhelm-Kaisen-Platz. Wir Sprecher:innen der Stadtteilkonferenz sprechen uns gegen lästiges Autoposen und gegen das gemeingefährliche Überschreiten von Verkehrsregeln aus. Auch halten wir das Auto nicht für ein geeignetes und zukunftssträchtiges Medium für zwischenmenschliche Begegnung. Dennoch erkennen wir an, dass junge Menschen in dieser kontaktarmen Zeit Begegnungen mit Gleichaltrigen brauchen. Folglich erwarten wir vom Magistrat und dem Senat eine Strategie, wie jungen Menschen Begegnungen ermöglicht werden können.

Mit großer Freude haben wir vernommen, dass die Stadtverordnetenversammlung ihre Geschäftsordnung dahingehend geändert hat, dass Ausschüsse künftig auch in Videokonferenz tagen können. Da Demokratie Öffentlichkeit benötigt, begrüßen wir die Neuerung ausdrücklich. Entsprechend erwarten wir, dass eine analoge Regelung auch für den Deponiebeirat geschaffen wird. Gemäß der neuen Geschäftsordnung des Deponiebeirats darf dieser nun endlich auch öffentlich tagen. Corona bedingt ist der Beirat allerdings bislang noch nicht einmal zusammengetreten. Das halten wir für nicht tragbar.

Was der Senat auf die Fragen der CDU-Landtagsfraktion zur Deponie Grauer Wall kürzlich geantwortet hat, können Sie der Anlage entnehmen.

Ein für Lehe besonders interessantes Gesetz hat der Bremer Senat beschlossen und der Bürgerschaft (Landtag) zur Beschlussfassung übermittelt - das Wohnraumschutzgesetz, welches der Mail anliegt.

Der Senat teilt hierzu u.a. Folgendes mit:

Das Gesetz soll der Stadtgemeinde Bremen und der Seestadt Bremerhaven ermöglichen, durch den Erlass eigener Rechtsverordnung das Gesamtwohnraumangebot zu erhalten, soweit ein Wohnraumangel für das Gemeindegebiet festgestellt werden kann. Insofern kann die Umwandlung von Wohn- in Gewerberäume oder Ferienappartements, der Leerstand oder der Abriss von Wohnraum der Anzeige- und bzw. Genehmigungspflicht unterworfen oder die Wiederherstellung von zweckentfremdetem Wohnraum verlangt werden.

In dem Wissen, dass der Magistrat gemeinsam mit der Stäwog und seriösen Investoren das nach Kräften das Möglichste unternimmt, um zweckentfremdeten Wohnraum in Lehe wiederherzustellen, erwarten wir als Sprecher:innen der Stadtteilkonferenz Lehe vom Magistrat, dass dieser eine Rechtsverordnung erlässt, die den besonderen Verhältnissen Lehes Rechnung trägt.

Abschließend nun noch einige Worte in eigener Sache. Wie oben bereits geschrieben, braucht Demokratie Öffentlichkeit. Das gilt natürlich genau so für die Stadtteilkonferenz

Lehe. Derzeit diskutieren wir über Möglichkeiten, wie eine Online-Sitzung der Stadtteilkonferenz Lehe aussehen kann. Dennoch bitten wir um Verständnis, dass angesichts der begrenzten Zeit, die wir als Ehrenamtliche haben, so es etwas Zeit benötigt.

Mit freundlichen Grüßen

Kristoffer Begatik, Claus Uhde, Silvia Voss

Sprecher:innen der Stadtteilkonferenz Lehe